



Ansgar Heveling  
Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 110  
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,  
Krefeld, Meerbusch

**Büro Berlin**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 0 30 / 227 – 71 035  
Fax: 0 30 / 227 – 76 235  
ansgar.heveling@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Krefeld**  
Carl-Wilhelm-Str. 30-32  
47798 Krefeld

Tel.: 0 21 51 / 81 98 - 80  
Fax: 0 21 51 / 81 98 - 81

**Wahlkreisbüro Rhein-Kreis Neuss**  
Meerbuscher Str. 10  
40670 Meerbusch

Tel.: 0 21 59 / 69 56 66  
Fax: 0 21 59 / 69 67 66

[www.ansgar-heveling.de](http://www.ansgar-heveling.de)

Ansgar Heveling MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An den Vorsitzenden des Bürgervereins Gellep-  
Stratum  
Herrn Gregor Roosen

Per E-Mail

4. Juni 2014/cz

Sehr geehrter Herr Roosen,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 03. Juni, die ich mit besonderem Interesse gelesen habe und auf die ich heute gerne zurückkommen möchte.

Ihre Anliegen finden meine volle Unterstützung. Schon in der letzten Legislaturperiode habe ich mich intensiv im Rechtsausschuss als zuständiger Berichterstatter für Strafrecht mit diesem Themenfeld befasst.

So habe ich etwa mit Schreiben vom 08.01.2014 den Bundesminister für Justiz und Verbraucherschutz Heiko Maas auf die Dringlichkeit der Umsetzung der EU Richtlinie 2011/93/EU zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung sowie der Kinderpornografie und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates und des Übereinkommens des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch, die bereits zum 18.12.2013 hätte



Ansgar Heveling  
Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 110  
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,  
Krefeld, Meerbusch

erfolgen müssen, hingewiesen. In seinem Antwortschreiben hält der Bundesminister eine Überarbeitung und eine Kabinettsbefassung des bereits in der letzten Legislaturperiode erarbeiteten Gesetzentwurfs zum Ende der Sommerpause für erreichbar.

Besonders im letzten Jahrzehnt hat sich durch die Osterweiterungen, die Freizügigkeit innerhalb der EU, aber auch die gesetzlichen Regelungen unter der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geführten Bundesregierung die Situation von Prostituierten deutlich verändert. Es haben sich regelrechte Menschhändler- und -schlepperringe gebildet, die junge Frauen vornehmlich aus Osteuropa unter den unwürdigsten Bedingungen als Ware zu „Dumping“- und „Flatrate“-Preisen in Deutschland anbieten und willkürlich verschieben.

Es ist daher dringend an der Zeit, Regelungen zum Schutz vor Ausbeutung und zur Verhinderung von Zwangsprostitution, die sowohl auf den Straßen aber auch in den Bordellen und Wohnungen stattfinden, festzulegen.

Die Union hat daher mit der SPD im Koalitionsvertrag hierzu zunächst einmal folgendes vereinbart: *Wir werden „das Prostitutionsgesetz im Hinblick auf die Regulierung der Prostitution umfassend überarbeiten und ordnungsbehördliche Kontrollmöglichkeiten gesetzlich verbessern. Wir werden nicht nur gegen die Menschenhändler, sondern auch gegen diejenigen, die wissentlich und willentlich die Zwangslage der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzen und diese zu sexuellen Handlungen missbrauchen, vorgehen.“*

Die Regierungskoalition hat den festen Willen, eine Neuregelung kurzfristig auf den Weg zu bringen. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung hierzu liegt aber bislang noch nicht vor.



Ansgar Heveling  
Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Wahlkreis 110  
Jüchen, Kaarst, Korschenbroich,  
Krefeld, Meerbusch

Bereits in der letzten Wahlperiode hatte die Koalition aus Union und FDP einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten eingebracht, der aber aus Gründen der parlamentarischen Diskontinuität vor dem Ende der Wahlperiode nicht mehr abgeschlossen werden konnte.

Gegenüber dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz hat der Bundesminister Maas unlängst erklärt, dass gemeinsam mit dem zuständigen Ministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend an der Umsetzung der oben genannten Richtlinie gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie an einem neuen Gesetzentwurf zum Prostitutionsstättengesetz intensiv gearbeitet wird. Aktuell liegt aber noch kein Referentenentwurf vor.

Gleichzeitig versichere ich Ihnen, dass ich mich als CDU/CSU Berichterstatter für Strafrecht im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages weiterhin dafür einsetzen werde, dass wir mit einer neuen Regelung des Prostitutionsgesetzes schnell vorankommen werden.

Das Thema halte ich dementsprechend im Blick und informiere Sie gerne über den weiteren Verlauf der Beratungen. In diesem Sinne verbleibe ich bis dahin

mit freundlichen Grüßen



Ansgar Heveling MdB